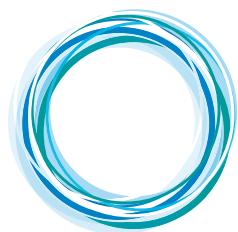
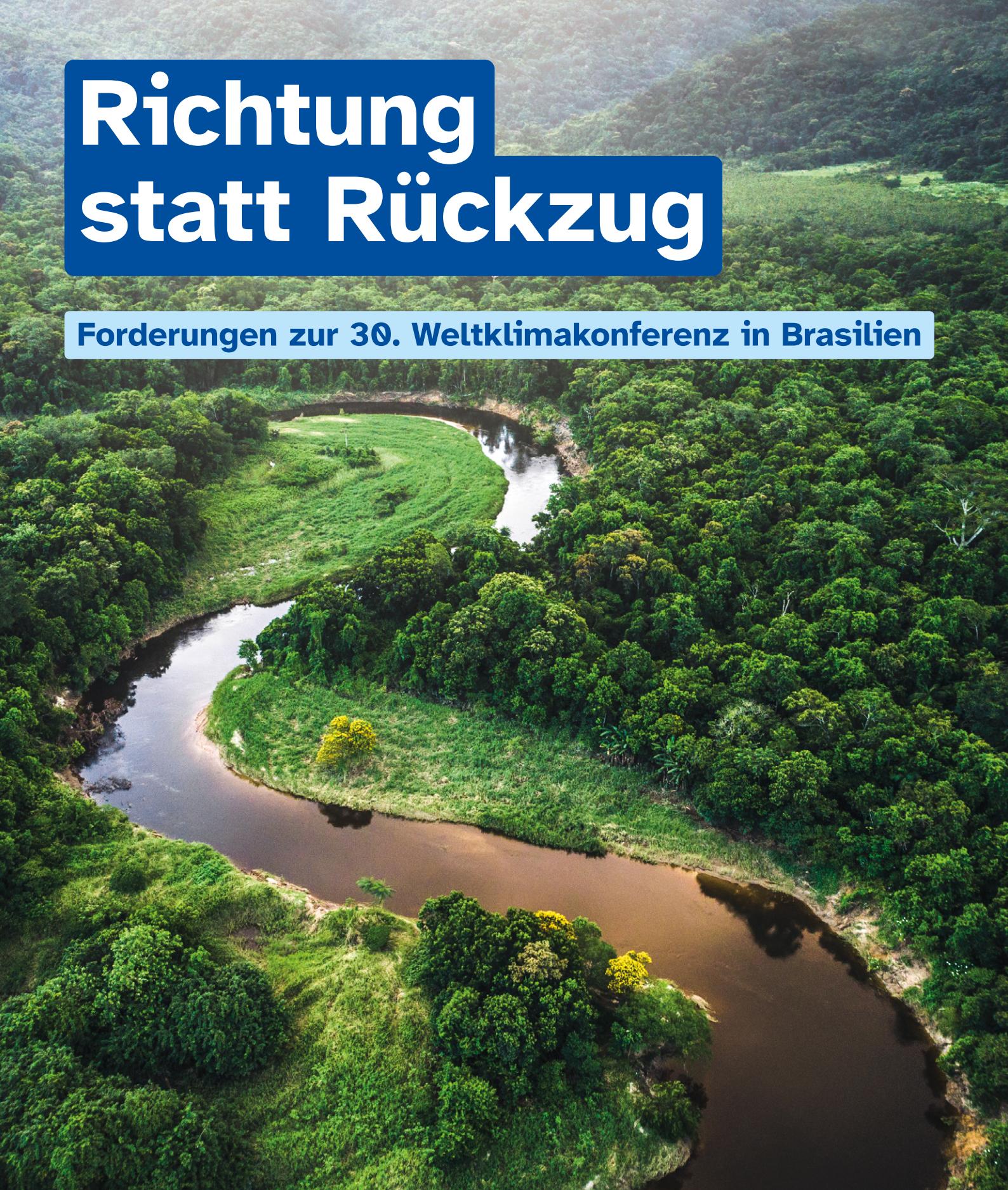


Richtung statt Rückzug

Forderungen zur 30. Weltklimakonferenz in Brasilien



**Klima
Allianz**
Deutschland

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

Richtung statt Rückzug

Forderungen zur 30. Weltklimakonferenz in Brasilien

Inhalt

1. Rolle der Bundesregierung	8
2. Klimafinanzierung	10
3. Minderung und Just Transition	12
4. Anpassung	14
5. Verluste und Schäden	16
6. Biodiversität, Wald, Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit	18
7. Zivilgesellschaft, Menschenrechte und Gender	20

Kernforderungen

- 4 Wir fordern die Bundesregierung auf, **in dieser Legislaturperiode ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen und die deutsche Wirtschaft auf einen klimaneutralen Kurs zu bringen.** Auch in Europa und auf internationaler Ebene sollte Deutschland ein verlässlicher Partner für Klima und nachhaltige Entwicklung bleiben.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Zusage einzuhalten, **dieses Jahr mindestens 6 Milliarden Euro aus Haushaltssmitteln für internationale Klimafinanzierung bereitzustellen und die Haushaltssmittel für die deutsche Klimafinanzierung bis 2030 auf 12 Milliarden Euro zu erhöhen.** Klimafinanzierung muss zusätzlich zu Entwicklungsfinanzierung und humanitärer Hilfe erbracht werden.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, **sich auf EU-Ebene für ein ambitioniertes Klimaschutzziel 2040 einzusetzen, das mindestens 90 Prozent Minderung innerhalb der EU vorsieht. Deutschland sollte weiterhin auf eine schnelle Einigung zum nationalen Klimaschutzbeitrag der EU (NDC) hinwirken.** Das EU NDC sollte Ausstiegsdaten für Kohle, Öl und Gas festschreiben und verbindliche Sektorziele enthalten. In ihrem NDC sollte sich die EU außerdem dazu verpflichten, Subventionen für fossile Brennstoffe sofort zu beenden und Klimaschutz sozial zu flankieren.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, **sich auf der COP30 für den erfolgreichen Abschluss des Arbeitsprogramms zu Klimaanpassung (VAE-Belém Arbeitsprogramm) einzusetzen.** Dieses Programm soll umfassende Indikatoren auch für die qualitative Bewertung von Klimaanpassungsmaßnahmen enthalten und die Umsetzung der Anpassungsziele unterstützen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in den Verhandlungen dafür einzusetzen, **Verluste und Schäden im neuen Fahrplan für Klimafinanzierung (Baku-to-Belém-Roadmap)** mit einem konkreten Finanzierungsziel zu verankern. Im Vorstand des Fonds für Verluste und Schäden sollte sie konkrete Vorschläge zur **Erschließung innovativer Finanzierungsquellen nach dem Verursacherprinzip** einbringen, etwa in Form von Steuern und Abgaben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, **Investitionen in Waldschutz, Aufforstung und Wiederaufforstung nicht anstelle von, sondern zusätzlich zu Emissionsreduktionsmaßnahmen vorzunehmen** und sich dafür einzusetzen, dass Klimaschutzprojekte unter Artikel 6 keine negativen Auswirkungen – beispielsweise auf die lokale Nahrungsmittelproduktion – haben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, **sich für eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Stimmen bei den Klimaverhandlungen einzusetzen**. Die Bundesregierung sollte sich dafür stark machen, besonders benachteiligte und unterrepräsentierte Akteur*innen besser einzubeziehen. Die Mitglieder der deutschen Delegation sollten in allen Verhandlungssträngen den Schutz der Menschenrechte und Gendergerechtigkeit einfordern.

Richtung statt Rückzug

6

Zehn Jahre nach der Verabschiedung des Pariser Klima-Abkommens und der Globalen Nachhaltigkeitsziele steht die Weltgemeinschaft vor gewaltigen Herausforderungen. 2024 war erneut ein Rekordjahr – das wärteste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, in dem die 1,5-Grad-Marke erstmals zwölf Monate in Folge überschritten wurde. Die Klimakrise gefährdet zunehmend die menschliche Sicherheit – global und in Deutschland. Sie verstärkt soziale, ökonomische und ökologische Spannungen, wirkt als Konfliktverstärker in fragilen Regionen und verschärft die Konkurrenz um natürliche Ressourcen.

Zugleich prägen Desinformation und demokratifeindliche Narrative zunehmend die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit der Klimakrise. Rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure instrumentalisieren Ängste vor sozialem Abstieg und delegitimieren wissenschaftliche Fakten. Besonders drastisch zeigt sich dieser Trend aktuell in den USA: Unter Präsident Trump hat sich das Land – als einer der größten bilateralen Geber und zugleich Hauptverursacher

der Klimakrise – größtenteils aus der Entwicklungszusammenarbeit und Klimafinanzierung zurückgezogen und unterbindet jegliche kritisch-wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Klimakrise. Auch in anderen Staaten werden Mittel für Klima- und Entwicklungsförderung drastisch gekürzt. Die Folgen sind für die Ärmsten und Verletzlichsten bereits heute massiv.

Auch in Deutschland werden Stimmen lauter, die eine ausschließlich an kurzfristigen nationalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen ausgerichtete Entwicklungs- und Klimapolitik fordern. Dabei sichern der Kampf gegen die Klimakrise und der Einsatz für globale Gerechtigkeit die Zukunft aller Menschen, in Deutschland ebenso wie weltweit. Klimaschutz ist wichtig: Die Mehrheit der Bürger*innen in Deutschland möchte mehr Engagement im Klimaschutz.¹ Er entwickelt sich auch überall auf der Welt schon fort, mit einem exponentiellen Wachstum erneuerbarer Energien. Die notwendige Transformation ist somit bereits im Gange. Jetzt geht es darum, sie global gerecht zu gestalten und die

Abkehr von den Fossilen in allen politischen Entscheidungen zu untermauern. Wir brauchen mehrere Schritte voran, keinen Schritt zurück.

Nach drei Klimakonferenzen in autokratischen Staaten richtet sich der internationale Blick nun auf die COP30 in Belém, Brasilien. Von Präsident Lula wird erwartet, in einer sehr angespannten weltpolitischen Lage Brücken zwischen dem Globalen Süden und Norden zu bauen und durch die Wahl des Konferenzortes, des Amazonasgebiets, den Fokus auf ein für das Klimasystem zentrales Ökosystem und seine Bewohner*innen zu richten. Bei der COP29 blieben kritische Verhandlungspunkte zu Klimafinanzierung und Klimaschutz offen, die aber für eine erfolgreiche Umsetzung des Paris-Abkommens dringend nötig sind.

In dieser Lage kommt Deutschland eine besondere Verantwortung zu. Notwendig ist eine Klimapolitik, die ambitioniert im Ziel und sozial gerecht in der Umsetzung ist. Deutschland sollte dabei eine aktive Rolle spielen:

durch das Schmieden neuer internationaler Allianzen, durch die Stärkung des multilateralen Systems und durch Maßnahmen, die den sozialen Zusammenhalt in Zeiten des Wandels stärken. Die neue Bundesregierung hat die Verantwortung, Klimaschutz als zentrale Zukunftsaufgabe ernsthaft zu verfolgen.

Mit dem vorliegenden Papier stellen VENRO und die Klima-Allianz Deutschland ihre Forderungen an die Bundesregierung für die 30. Weltklimakonferenz vor.

¹ Umfrage: Deutsche erwarten mehr Klimaschutz von Regierung, Handelsblatt, 14.01.2025 (<https://www.handelsblatt.com/dpa/befragung-der-klima-allianz-umfrage-deutsche-erwarten-mehr-klimaschutz-von-regierung/30166042.html>).

1. Rolle der Bundesregierung

8

Die Nationale interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung (NiKE) betont die Bedeutung des Klimawandels als sicherheitspolitisches Risiko für Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Stabilität in Deutschland. Je länger die notwendigen Schritte zur Einhaltung des Pariser Abkommens ausbleiben, desto geringer werden laut NiKE die Handlungsoptionen, während die ökonomischen, (sicherheits-)politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen für Deutschland wachsen. Eine neue Studie der OECD und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) zeigt hingegen, dass mehr Klimaschutz eine strategische Investition in ökonomische Stabilität ist. Beide Berichte betonen: Eine sozial gerechte Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ist entscheidend für wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität.

Mit Blick auf die neue Koalition bedeutet das: Damit Deutschland bis 2045 klimaneutral wird, muss die Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende weiter vorangehen und die Gasinfrastruktur muss zurückgebaut werden. Der Fokus muss auf wirksamen und sofort

umsetzbaren Maßnahmen liegen anstatt auf Scheinlösungen wie der Kernfusion.

Starker Klimaschutz in Deutschland braucht auch starken Klimaschutz in der EU. Als größter Mitgliedstaat hat Deutschland die Chance, die EU weiter aus der riskanten Abhängigkeit von fossilen Energien herauszuführen und zu einem wichtigen grünen Wirtschaftsstandort der Zukunft zu machen. Auch auf EU-Ebene muss beim Klimaschutz die soziale Frage beantwortet werden, um Stabilität und Wohlstand für alle EU-Bürger*innen zu sichern.

Mit starken Partnerschaften auf Augenhöhe kann Deutschland internationalen Krisen vorbeugen und sie bewältigen. Dazu gehört, in ärmeren und klimavulnnerablen Ländern mit humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Klimapartnerschaften präsent zu bleiben, statt sie dem Einfluss autoritärer Staaten zu überlassen. Und dazu gehört auch, Klima- und Entwicklungspolitik nicht allein an eigenen kurzfristigen Wirtschaftsinteressen auszurichten, sondern die Bedürfnisse der Partnerländer zu berücksichtigen.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

■ **in der neuen Legislaturperiode ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen und die deutsche Wirtschaft auf einen klimaneutralen Kurs zu bringen.** Die Bundesregierung muss im ersten Jahr ihrer Amtszeit ein umfassendes Klimaschutzprogramm vorlegen, das die Erreichung der Klimaziele in jedem Jahr bis 2030 und 2040 sicherstellt. Neben der Weiterführung der Energiewende müssen insbesondere in den Bereichen Gebäude und Verkehr sozial gerechte Maßnahmen ausgebaut werden. Hier braucht es Ausgleichsmechanismen wie ein Klimageld, Förderprogramme für den Heizungstausch oder ein ÖPNV-Sozialticket.

■ **die europäische Klimapolitik aktiv voranzutreiben.** Deutschland sollte sich aktiv für eine sozial gerechte Umsetzung und Weiterentwicklung des European Green Deals einsetzen. Errungenschaften wie das EU-weite Verbrenner-Aus 2035 dürfen nicht abgeschwächt werden. Wichtige Initiativen wie das EU-Emissionshandlungssystem (ETS II) sollten dringend durch soziale Maßnahmen, etwa ein Klimageld und eine Aufstockung des Klimasozialfonds, flankiert werden.

■ **ein verlässlicher Partner in der wertegeleiteten internationalen Klima- und Entwicklungszusammenarbeit zu bleiben.** Statt die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen, sollte die Bundesregierung nachhaltige Entwicklung, Klima und humanitäre Hilfe weiter auskömmlich und planbar finanzieren. Gerade nach dem Rückzug etwa der USA dürfen besonders vulnerable Menschen nicht aus den Augen verloren werden. Die Bundesregierung sollte sich in existierenden Klima- und Energiepartnerschaften weiter engagieren und neue Partnerschaften aufbauen.

2. Klimafinanzierung

10

Finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Länder spielt eine entscheidende Rolle im globalen Kampf gegen die Klimakrise. Die Klimafinanzierung hilft diesen Ländern, die notwendigen Maßnahmen für Klimaschutz, Anpassung und die Bewältigung von Verlusten und Schäden zu ergreifen. Vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen, einer stärkeren Fokussierung auf militärische Sicherheit und einer schwierigen wirtschaftlichen Lage gerät dieser wichtige Baustein der internationalen Klimapolitik zunehmend unter Druck. Auch die deutsche Zusage, die Haushaltsmittel für die Klimafinanzierung bis spätestens 2025 auf mindestens 6 Milliarden Euro jährlich zu erhöhen, ist durch Kürzungspläne in der internationalen Zusammenarbeit gefährdet. Damit droht Deutschland seine Rolle als angesehener und verlässlicher Partner in der internationalen Klimapolitik zu verlieren; diese sollte aber gerade in Zeiten geopolitischer Unsicherheiten gestärkt werden. Demgegenüber dient die Klimafinanzierung den deutschen Interessen an globaler Sicherheit und Stabilität, der Resilienz internationaler Lieferketten, der Minderung von Inflationsrisiken sowie der Erschließung zusätzlicher Märkte für grüne Technologien.

Der Beschluss der COP29 zum neuen Globalziel Klimafinanzierung für die Zeit nach 2025, dem *New Collective Quantified Goal*

on Climate Finance (NCQG), reicht nicht aus. Das Ziel, die Klimafinanzierung bis 2035 auf mindestens 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu erhöhen, ist gemessen am Bedarf, den der Globale Süden an Klimaschutz und Anpassung hat, viel zu niedrig. Zudem haben die Staaten die Finanzierung von Verlusten und Schäden nur rudimentär in den Beschluss aufgenommen.

Eher dem tatsächlichen Bedarf entspricht der im Beschluss ebenfalls enthaltene Aufruf an alle Akteure, bis 2035 mindestens 1,3 Billionen US-Dollar pro Jahr an Finanzierung aus öffentlichen und privaten Quellen für die Entwicklungsländer aufzubringen. Diese Zielsetzung bleibt aber sehr vage. Bis zur COP30 sollen die aserbaidschanische und die brasilianische Präsidentschaft nun einen Fahrplan – die *Baku to Belém Roadmap to 1.3T* – entwickeln, der Klarheit darüber schafft, wie die 1,3 Billionen US-Dollar erreicht werden können. Der Fahrplan sollte auch eine klare Definition, was als Klimafinanzierung gilt, und verbesserte Transparenzregeln beinhalten, damit der Fortschritt überprüft werden kann. Große Fragezeichen bleiben bei dem Thema, wie die Umsetzung der Roadmap innerhalb und außerhalb des Verhandlungsprozesses sicher gestellt werden kann. Finden die Staaten hier keine Lösung, wird die Roadmap wirkungslos bleiben.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

11

■ ihre Zusage einzuhalten, **dieses Jahr mindestens 6 Milliarden Euro aus Haushaltssmitteln für internationale Klimafinanzierung bereitzustellen.** Darüber hinaus sollte Deutschland ein neues Klimafinanzierungsziel für die Zukunft ankündigen. Angemessen wäre eine Verdopplung der Haushaltssmittel für die deutsche Klimafinanzierung auf 12 Milliarden Euro bis 2030. Dafür müssen die Mittel jährlich um mindestens eine Milliarde Euro ansteigen. Klimafinanzierung muss zusätzlich zu Entwicklungsförderung und humanitärer Hilfe bereitgestellt werden.

■ sich dafür einzusetzen, dass die Staaten auf Basis der Roadmap **einen Aktionsplan beschließen, der die Umsetzung der Roadmap bis zum Jahr 2035 innerhalb und außerhalb des UNFCCC-Prozesses begleitet.** Inhaltlich sollte die Roadmap Meilensteine, Maßnahmen und Akteure identifizieren, mit denen bis 2035 die zugesagten jährlich 300 Milliarden US-Dollar an Unterstützung sowie die darüber hinaus anvisierten jährlich 1,3 Billionen US-Dollar erreicht werden sollen. Daneben sollte die Roadmap explizite Maßnahmen beinhalten, um neue Finanzquellen zu eröffnen und zusätzliche Gelder für den Umgang mit Verlusten und Schäden zu sichern. Die Roadmap sollte Themen aus dem Financing-for-Development-4-Prozess aufgreifen, wie die Stärkung des globalen Steuersystems und die Überwindung des „Carbon Bias“ der Entwicklungsbanken und privaten Finanzinstitutionen.

■ **internationale Initiativen zu unterstützen, die deutlich schneller notwendige Mittel generieren können.** Durch eine aktiver Rolle in der *Global Solidarity Levies Task Force*, die eine gerechtere Besteuerung klimaschädlicher Wirtschaftsaktivitäten anstrebt, könnte Deutschland gemeinsam mit anderen Ländern neue Abgaben nach dem Verursacherprinzip einführen. Ein Teil dieser Abgaben könnte für zusätzliche Klimafinanzierung verwendet werden. Deutschland sollte zudem Initiativen unterstützen, die es den Ländern des Globalen Südens ermöglichen, ihre Investitionen in den Klimaschutz deutlich zu erhöhen. Dazu müssen die Kapitalkosten in diesen Ländern gesenkt und zusätzliche fiskalische Spielräume durch ein Staateninsolvenzverfahren und weitere Schuldenerleichterungen geschaffen werden. Die auf Deutschlands Initiative hin gestartete *Green Guarantee Group*, mit der weltweit grüne Investitionen gefördert werden sollen, sollte skaliert werden.

■ sich weiterhin dafür einzusetzen, dass der **Scharm-el-Scheich-Dialog zu Finanzströmen im Einklang mit dem Pariser Abkommen (Artikel 2.1c) in einen formellen Verhandlungsprozess überführt wird.** Das dritte Langfristziel des Pariser Abkommens ist neben denen für Minderung und Anpassung das einzige, das noch nicht ausformuliert wurde. Dieser Mangel an Klarheit verhindert, dass das Ziel seine volle Wirkung entfalten kann, nämlich alle Finanzströme auf den Pfad niedriger Emissionen und klimaresilienter Entwicklung zu lenken.

3. Minderung und Just Transition

12

Die Globale Bestandsaufnahme (GST) auf der COP28 in Dubai hat gezeigt: Die nationalen Ziele der Staaten zur Reduzierung der Treibhausgase bleiben weit hinter dem zurück, was notwendig ist, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Laut den Vereinten Nationen erreichen die aktuellen Nationalen Klimabeiträge (NDC) der Staaten insgesamt nur eine Emissionsminderung von 2,6 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 2019. Dies steht in starkem Kontrast zu den Empfehlungen des Weltklimarats (IPCC), der im selben Zeitraum eine Reduktion um 43 Prozent bis 2030 als notwendig erachtet. Zwar haben die Staaten in Dubai die weltweite Verdreifachung erneuerbarer Energiekapazitäten und die Verdopplung der Energieeffizienz bis 2030 sowie eine Abkehr von den fossilen Energien beschlossen. Zur Umsetzung dieser Ziele haben die Staaten bei der COP in Baku aber keine signifikanten Fortschritte gemacht. Bisherige einzelne Initiativen für einen gerechten Übergang zum klimaneutralen Wirtschaften (Just Transition) sind unzureichend.

Das Pariser Abkommen sieht vor, dass die Staaten bis Februar 2025 neue NDC einrei-

chen, in denen sie ihre geplanten Klimaziele und Maßnahmen bis 2035 darlegen. Bis jetzt haben das nur 20 Staaten getan, vor allem viele Länder mit hohen Emissionen fehlen noch (Stand Mai 2025). Die EU hat bisher weder ein neues NDC vorgelegt noch ein Klimaziell bis 2040 beschlossen, das den Rahmen für das neue NDC setzen soll. Es ist essentiell, dass die EU spätestens im September 2025 ein ambitioniertes NDC vorlegt, um ein positives Signal an die anderen Staaten zu senden. Diese Frist ist auch wichtig, damit der Klimaschutzbeitrag der EU in den NDC-Synthesebericht aufgenommen werden kann.

Aktuell wird in der EU diskutiert, CO₂-Zertifikate aus außereuropäischen Drittstaaten zu erwerben, um die EU-Klimaziele zu erreichen. Doch die schwachen Regeln zu CO₂-Zertifikaten in Artikel 6.2 des Pariser Abkommens ermöglichen nahezu alle Transaktionen, unabhängig davon, ob die Länder tatsächliche Emissionsminderungen erzielen. Mit der Anrechnung solcher Zertifikate würde die EU ihre Verantwortung auf andere Staaten abwälzen, was einen Rückschritt beim Klimaschutz bedeuten würde.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

13

■ **die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit Deutschland 2045 klimaneutral wird und seinen gerechten Anteil zur Einhaltung des EU-Klimaschutzgesetzes leistet.** CO₂-Zertifikate aus nicht-europäischen Drittstaaten sollten nicht zur Erreichung der deutschen und europäischen Klimaziele verwendet werden.

■ **sich auf EU-Ebene für ein ambitioniertes Klimaschutzziel 2040 einzusetzen, das mindestens 90 Prozent Minderung innerhalb der EU vorsieht. Deutschland sollte außerdem auf eine schnelle Einigung zum EU NDC hinwirken.** Das EU NDC sollte Ausstiegsdaten für Kohle, Öl und Gas festschreiben. Für einzelne Sektoren sollte das NDC verbindliche Ziele enthalten, die sicherstellen, dass die Emissionen kontinuierlich sinken und die Verringerung von Treibhausgasen nicht in die Zukunft verlagert wird. Die EU sollte sich in ihrem NDC auch dazu verpflichten, Subventionen für fossile Brennstoffe sofort zu beenden und Klimaschutz sozial zu flankieren.

■ **sich im Sinne der gerechten Energiewende für strengere Vorgaben zu Transparenz, Beteiligung und Ambition in den NDC einzusetzen.** Zudem sollten die NDC durch eine verstärkte Rechenschaftspflicht für nicht-staatliche Akteure begleitet werden und auf Menschenrechtsstandards angepasst sein, die in nationalen Plänen für eine gerechte Transformation konkretisiert werden.

■ **sich entsprechend der eigenen historischen Verantwortung für einen glaubwürdigen Raum innerhalb der Klimaverhandlungen einzusetzen, in dem die Umsetzung von Klimaschutz behandelt wird** und Fortschritte in der globalen Energiewende erreicht werden. Aktuell drohen das Arbeitsprogramm zu Minderung (Mitigation Work Programme) und der Dialog zur Umsetzung der Globalen Bestandsaufnahme (UAE Dialogue) durch Blockaden und Infragestellung des Mandats zu scheitern.

■ **sich in globalen Partnerschaften für Klimaschutz und Entwicklung einzubringen und besonders vulnerable Staaten bei der Dekarbonisierung zu unterstützen.** Die Bundesregierung sollte Partnerländern Finanzierung für eine gerechte Transformation (Just Transition) bereitstellen, damit diese den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen bewältigen und lokale Gemeinschaften, Arbeiter*innen und vulnerable Bevölkerungsgruppen in der Übergangsphase entlasten können.

4. Anpassung

14

Die Auswirkungen der Klimakrise treffen die Menschen immer stärker und häufiger. Vor allem die verwundbarsten Menschen im Globalen Süden sind stark von schleichenden Klimaveränderungen wie dem Anstieg des Meeresspiegels und extremen Wetterereignissen wie Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen betroffen.

Doch zwischen dem, was an Klimaanpassung nötig und möglich wäre, und dem, was tatsächlich getan wird, besteht eine erhebliche Diskrepanz. Allein bei der Finanzierung klafft eine enorme Lücke: Der Bedarf an Finanzierung für Klimaanpassung übersteigt die verfügbaren Mittel um geschätzte 187 bis 359 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Das im Klimapakt von Glasgow formulierte Ziel, die Anpassungsfinanzierung zu verdoppeln, muss dringend verwirklicht werden. Auch Finanzierungsinstrumente wie der Anpassungsfonds (Adaptation Fund) bleiben weit unter dem notwendigen Niveau; er hat vielmehr sein Finanzierungsziel von 300 US-Dollar auf der Klimakonferenz in Baku 2024 erneut deutlich verfehlt. Es ist fraglich, ob der Fonds mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln alle bis 2025 geplanten Projekte umsetzen kann. Ein wichtiger Meilenstein der COP30 ist der Abschluss des VAE-Belém-Arbeitsprogramms (UAE-Belém Work Programme), das Indikatoren für das Globale Anpassungsziel

(GGA – Global Goal on Adaptation) entwickeln soll. Auch wenn die bisherigen Fortschritte im Mapping und Konkretisieren der Indikatoren auf Basis bestehender Sets hilfreich sind, muss Raum für die Entwicklung neuer, speziell auf Klimaanpassung ausgerichteter Indikatoren bleiben – insbesondere für qualitative Aspekte, zum Beispiel das Management von Anpassung, Partizipation, Gender oder die Vermeidung von Fehlanpassung. Das Ergebnis des Arbeitsprogramms sollte daher nicht nur auf die Entwicklung von Indikatoren abzielen, sondern auch darauf, wie Staaten bei der Umsetzung ihrer Anpassungsziele konkret unterstützt werden können. Ziel muss sein, besonders verwundbaren Bevölkerungsgruppen eine effektive Anpassung an die Folgen der Klimakrise zu ermöglichen.

Bei der Gestaltung von Anpassungsmaßnahmen müssen lokale Gemeinschaften unter Berücksichtigung der Prinzipien der lokal gesteuerten Anpassung (*locally-led adaptation*) aktiv einbezogen werden. Transformative Ansätze der Klimaanpassung sind notwendig, um ein nachhaltiges, klimaresilientes Leben zu sichern, und sollten entsprechend unterstützt werden. Sie sollten jedoch nicht als alleiniger Weg und keinesfalls als Voraussetzung für die Unterstützung von Entwicklungsländern betrachtet werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

15

■ als eines der wichtigsten Geberländer **die Beiträge zum Anpassungsfonds fortzusetzen und auszubauen** und gemeinsam mit anderen Gebern zusätzliche Mittel für die Klimaanpassung zu generieren.

■ **sich auf der COP30 für den erfolgreichen Abschluss des VAE-Belém-Arbeitsprogramms einzusetzen.** Dieses Programm soll umfassende Indikatoren auch für die qualitative Bewertung von Klimaanpassungsmaßnahmen enthalten und die Umsetzung der Anpassungsziele unterstützen. Insbesondere sollen Indikatoren für die Mittel zur Durchführung (Means of Implementation, MoI) entwickelt werden, die Ressourcen (*inputs*), Abläufe (*processes*) und Ergebnisse (*outcomes*) abbilden. Nur so können Fortschritte bei der Klimaanpassung ganzheitlich bewertet werden.

■ **sich dafür einzusetzen, dass das Globale Ziel zur Anpassung an den Klimawandel (Global Goal on Adaptation, GGA) ein ständiger Punkt auf der UNFCCC-Tagesordnung wird.** So können auch nach der COP30 weitere Fortschritte und Rechenschaftspflichten bei der Klimaanpassung dauerhaft sichergestellt werden.

■ **anzuerkennen, dass in vielen Ländern des Globalen Südens erhebliche Lücken bei der Erfassung von Daten über Klimaanpassung bestehen. Deutschland sollte diese Länder gezielt beim Aufbau von Datensystemen unterstützen.** Nur auf Basis verlässlicher Daten lassen sich Anpassungsbedarfe und Fortschritte wirksam bewerten. Deutschland sollte den Aufbau von Kapazitäten, Technologietransfer und die Finanzierung entsprechender Infrastrukturen fördern, um diese Lücken zu schließen.

■ **sich für eine qualitativ und quantitativ wirksamere Klimaanpassung einzusetzen.** Dazu zählt die Unterstützung von Ländern des Globalen Südens bei der Entwicklung und Umsetzung nationaler Anpassungspläne (NAP) ebenso wie die Förderung eines Dialogs über transformative Anpassung, um Klimaanpassung systemisch, ambitioniert und gerecht zu gestalten. Das kann etwa im Rahmen des Baku High-Level Dialogue on Adaptation geschehen, der auf der COP29 beschlossen wurde und künftig auf jeder COP stattfinden soll.

5. Verluste und Schäden

16

Die Auswirkungen der Klimakrise sind längst eine existenzielle Bedrohung für Millionen von Menschen im Globalen Süden und destabilisieren ihre Heimatregionen. Diese Menschen zu unterstützen, etwa ihre Lebensgrundlagen zu sichern oder Vertreibung vorzubeugen, ist im Hinblick auf ihre Sicherheit unerlässlich. Eine solche Unterstützung sichert zugleich die Stabilität der betroffenen Länder und kann die Risiken für Konflikte um knapper werdende Ressourcen reduzieren. Das liegt auch im Eigeninteresse der Industriestaaten an einer stabilen globalen Ordnung.

Die Ergebnisse des vergangenen Klimagipfels in Baku waren in Bezug auf das Verhandlungsthema Verluste und Schäden (Loss and Damage) kein Erfolg. Besonders besorgniserregend ist, dass dieser Bereich nicht im neu beschlossenen Klimafinanzierungsziel (NCQG) verankert wurde, obwohl verwundbare Länder und die Zivilgesellschaft dies gefordert haben. Zwar wird der Fonds für Verluste und Schäden (Fund for responding to Loss and Damage, FRLD) als möglicher Kanal für Auszahlungen zur Finanzierung von Maßnahmen zur Bewältigung von Verlusten und Schäden genannt. Doch ohne eine klare Verankerung im NCQG-Text fehlt die notwendige Dynamik, um Mittel zu generieren, ebenso wie ein konkretes Finanzierungsziel. In der

Baku-to-Belém-Roadmap muss der Bereich Verluste und Schäden endlich einen festen Platz finden, damit die Unterstützung besonders verwundbarer Länder gewährleistet ist.

Die erste Kapitalisierung des Fonds für Verluste und Schäden bleibt mit aktuellen Zusage von rund 760 Millionen US-Dollar weit hinter dem Notwendigen zurück. Der Fonds muss in diesem Jahr bereit sein, Gelder direkt an betroffene Gemeinschaften auszuzahlen. Darüber hinaus ist eine Strategie zur Wiederauffüllung des Fonds und zur langfristigen Mittelbeschaffung nötig. Die Strategie sollte konkrete innovative Finanzierungsquellen identifizieren, die nach dem Verursacherprinzip funktionieren. Beispiele dafür sind Steuern und Abgaben auf Aktivitäten, die Verluste und Schäden anrichten, wie die Schifffahrt, der Luftverkehr und die Förderung fossiler Brennstoffe.

Die Stärkung der Resilienz der ärmsten Bevölkerungsgruppen in der Klimakrise verdient die gleiche politische Aufmerksamkeit wie der Klimaschutz. Dafür müssen die bestehenden Lücken im Umgang mit Verlusten und Schäden aufgezeigt und das Thema dauerhaft auf der Agenda der Klimaverhandlungen verankert werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- sich in den Verhandlungen dafür einzusetzen, den Umgang mit **Verlusten und Schäden in der Baku-to-Belém-Roadmap zu verankern**. Dazu gehört ein konkretes Finanzierungsziel.
- ihren Sitz im Board des Fonds für Verluste und Schäden zu nutzen, um die schnelle und direkte **Auszahlung von Geldern für besonders vulnerable Gemeinden noch in diesem Jahr** zu ermöglichen. Außerdem sollte sie bei der Entwicklung der Fundraising-Strategie des Fonds konkrete Vorschläge zur Erschließung innovativer Quellen nach dem Verursacherprinzip einbringen, etwa Steuern und Abgaben.
- die Einführung eines regelmäßigen **Loss & Damage Gap Report** zu unterstützen, damit die Schutzlücke im Umgang mit Verlusten und Schäden sichtbar wird.
- Verluste und Schäden durch einen **eigenständigen Verhandlungspunkt auf der Verhandlungsagenda** bei den Klimaverhandlungen politisch aufzuwerten.

6. Biodiversität, Wald, Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit

18

Die Klimakrise bedroht bereits heute den Zugang zu Land, Wasser, Nahrung und die Gesundheitsversorgung für Millionen von Menschen, vor allem besonders gefährdete und marginalisierte Gruppen. Der Weltklimarat der Vereinten Nationen schätzt, dass rund 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen in Ländern leben, die durch die Klimakrise hochgradig gefährdet sind. Immer häufiger auftretende extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Stürme und Überschwemmungen, eine beeinträchtigte Nahrungsmittelversorgung sowie die Zunahme von Zoonosen und Infektionskrankheiten führen zu körperlichen und psychischen Erkrankungen.

Gleichzeitig verursachen die heutigen Ernährungssysteme ein Drittel der menschengemachten Treibhausgasemissionen. Die anhaltende Ausweitung der Landwirtschaft beschleunigt die Entwaldung. Staatliche Fördermittel unterstützen weiterhin umweltschädliche Methoden und verschärfen so den Verlust wertvoller Ökosysteme. Die Landwirtschaft bietet jedoch großes Potenzial, biodiversitätsfreundliche und klimaresiliente Ansätze flächendeckend umzusetzen. Sie ist ein zentraler Hebel für effektiven Wald-, Klima- und Biodiversitätsschutz sowie für die nachhaltige Nutzung von Wasserressourcen. Der Konferenzort der COP30 in der Amazonasregion und der

thematische Schwerpunkt, den die brasilianische Präsidentschaft auf Entwaldung gesetzt hat, eröffnen die Chance, bei den Klimaverhandlungen die Synergien zwischen Klimaschutz, Biodiversität und Armutsbekämpfung zu stärken. So kann auch der Wandel hin zu einem gerechteren und nachhaltigeren Ernährungssystem vorangebracht werden.

Um diese Ziele mit Ernährungssicherheit und den Rechten von Kleinbäuer*innen, lokalen und indigenen Gemeinschaften in Einklang zu bringen, ist eine Erhöhung der Klimafinanzierung für kleinbäuerliche Landwirtschaft notwendig. Derzeit werden nur 0,8 Prozent der internationalen Klimafinanzierung für kleinbäuerliche Landwirtschaft eingesetzt.

Die Staaten sollten in den Klimaverhandlungen die Wechselwirkungen zwischen Klima, Biodiversität, Wäldern, Ernährung und menschlicher Gesundheit wirksam in Angriff nehmen. Sie sollten sicherstellen, dass die Rechte auf Nahrung, sauberes Trinkwasser, Gesundheit und eine gesunde Umwelt in den Verhandlungsergebnissen gestärkt werden – und dass Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen damit in Einklang gebracht werden. Weiterhin sollten sie darauf ausgerichtet sein, die Resilienz gegenüber Klimaveränderungen zu erhöhen.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

19

■ mehr **Klimafinanzierung in resiliente und gerechte Gesundheits- und Ernährungssysteme** zu investieren, insbesondere für nachhaltige und inklusive Ansätze wie die Agrarökologie. **Klimaschädliche Subventionen** für die Agrarindustrie sollten abgebaut und eine Landwirtschaft, die zu Waldverlust führt, sollte reduziert werden.

■ sich für die Förderung von **Anpassungs- und Minderungsmaßnahmen** einzusetzen, die einen **hohen gesundheitlichen und ernährungsbezogenen Nutzen** haben. Dazu zählen verbindliche Ziele, Zeitpläne und Finanzmittel für die nationale Umsetzung sozial gerechter und **nachhaltiger Ernährungssysteme und resilenter Gesundheitssysteme in den NDC bis 2035**.

■ sich dafür einzusetzen, dass der **Zugang insbesondere vulnerable Gruppen zu Ernährung und Gesundheitsversorgung** in nationalen Anpassungsplänen (NAP) sowie im Globalen Anpassungsziel verankert wird.

■ **Investitionen in Waldschutz, Aufforstung und Wiederaufforstung** nicht anstelle von, sondern zusätzlich zu Emissionsreduktionsmaßnahmen vorzunehmen. Die Bundesregierung sollte sich für die **Einhaltung und Kontrolle hoher und transparenter Standards für Menschenrechte, Biodiversitätsschutz, Waldschutz und Waldwiederaufbau** in Projekten und Initiativen unter Artikel 6 einsetzen. Die Nutzung von Ressourcen, beispielsweise von Land, für Klimaschutzprojekte darf die lokale Nahrungsmittelproduktion nicht verdrängen (Food First). Waldschutzprojekte müssen daher durch ganzheitliche Strategien auf Landschaftsebene Leakage-Effekte vermeiden und Dauerhaftigkeit sowie soziale und ökologische Integrität sicherstellen.

■ sich bei der brasilianischen Regierung für eine **transparente und inklusive Umsetzung des neuen Tropenwald-Investmentfonds Tropical Forest Forever Facility (TFFF)** einzusetzen. Der TFFF sollte insbesondere den Zugang und die Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie lokaler und indigener Gemeinden verankern. Darüber hinaus sollten der Schutz von Primärwäldern – insbesondere solcher mit hoher Bedeutung für Biodiversität und Klima – sichergestellt, eine faire Investitionsstrategie verfolgt und klare Governance-Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte für die Empfängerländer festgelegt werden.

7. Zivilgesellschaft, Menschenrechte und Gender

20

Damit Klimaschutz wirken kann, muss er von der Bevölkerung akzeptiert werden. Hier spielt die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle, weil sie über die Klimakrise informiert und sich für eine sozial gerechte Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen einsetzt.

Doch dieses Engagement ist bedroht. Besonders deutlich zeigt sich das in Bezug auf vulnerable Gruppen, deren Rechte weltweit ebenso wie in mehreren EU-Mitgliedstaaten eingeschränkt werden. Solche Einschränkungen hinterlassen auch Spuren in den Klimaverhandlungen: Bei der COP29 versuchten mehrere Staaten, Beschlüsse zu Menschenrechten und Gender zu verhindern. Damit die Zivilgesellschaft ihren zentralen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise leisten kann, müssen die Menschenrechte und die politischen Rechte aller Personen geschützt und in Bezug auf Klimaschutz weiter gestärkt werden.

Mit dem Gipfel der Völker, der Cúpula dos Povos, will die brasilianische Zivilgesellschaft einen internationalen Raum öffnen, um für gerechte Lösungen zu werben und politische Strategien zu deren Umsetzung zu entwickeln.

Der COP30-Präsident hat bereits betont, dass eine angemessene Beteiligung der Zivilgesellschaft dazu beiträgt, Synergien zwischen Klimaschutz, Biodiversitätsschutz und nachhaltiger Entwicklung zu schaffen. Dies ist ein wichtiger Schritt. Die Anzahl von Vertreter*innen von Öl- und Gaskonzernen hat bei den Klimaverhandlungen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass Brasiliens Interesse am Klima- und Biodiversitätsschutz über den wirtschaftlichen Interessen des Landes, das fünftgrößter Erdölexporteur der Welt ist, steht.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

■ **die COP30-Präsidentschaft in die Pflicht zu nehmen, der Zivilgesellschaft mehr Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen als bei den letzten COP.** Eingedämmt werden sollte dagegen der Einfluss von Vertreter*innen der fossilen Wirtschaft, die dringend nötige Ambitionen abschwächen wollen.

■ **sich für eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Stimmen bei den Klimaverhandlungen einzusetzen.** Die Bundesregierung sollte sich für die bessere Einbeziehung besonders benachteiligter und unterrepräsentierter Akteur*innen stark machen, sowohl in den Verhandlungen als auch in der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen. Diese Gruppen umfassen unter anderem BIPOC, lokale Gemeinschaften, Frauen, LGBTIQ+, Menschen mit Behinderungen, ältere und junge Menschen. Die Ergebnisse der Plattform für lokale Gemeinschaften und indigene Bevölkerungsgruppen (Local Communities and Indigenous Peoples Platform, LCIPP) müssen in den Verhandlungen und bei der Umsetzung angemessen berücksichtigt werden. Die Mitglieder der deutschen Delegation sollten in allen Verhandlungssträngen den Schutz der Menschenrechte und Gendergerechtigkeit einfordern.

■ **im Gender-Aktionsplan die Rechte von Frauen, Mädchen, inter, trans und nicht-binären Personen zu schützen und zu stärken.** Der Aktionsplan sollte konkrete Maßnahmen für Klimaschutz, geschlechtsspezifische Gewalt und Einflüsse auf Gesundheit sowie reproduktive Rechte durch die Klimakrise enthalten und die Anpassung an Klimafolgen berücksichtigen.

■ **der internationalen Zivilgesellschaft durch eine verbesserte Visumsvergabe in Zukunft eine angemessene Beteiligung an den Klimazwischenverhandlungen in Bonn zu ermöglichen.** Als Standort des UNFCCC-Sekretariats muss Deutschland sicherstellen, dass Delegierte aus der internationalen Zivilgesellschaft an den jährlichen Verhandlungen teilnehmen können. Dies kann etwa durch die Einführung eines eigenen Visum-Prozesses für UN-Verhandlungen im Schengen-Raum geschehen.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Klima-Allianz Deutschland e.V.

Invalidenstraße 35, 10115 Berlin

Telefon: 030 7808995-10

E-Mail: info@klima-allianz.de

Internet: www.klima-allianz.de

**VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.**

Stresemannstraße 72, 10963 Berlin

Telefon: 030 2639299-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Redaktion: Lisa Jörke, Sophie Knabner

Inhaltliche Mitarbeit: Lina Adil, Emma Beelen, Pat Bohland,
Katharina Brandt, Amin Hasanein, Fentje Jacobsen, Jan Kowalzig,
Patricia Kramarz, Vera Künzel, Marianne Lotz, Sabine Minninger,
Ineke Naendrup, David Ryfisch, Laura Schäfer, Anika Schroeder,
Madeleine-Alisa Wörner

Lektorat: Dr. Andrea Lassalle

Layout: Claudia Benter (www.claudiabenter.de)
Basisgestaltung Sebastian Langer (feinkost-design.de)

Covermotiv: iStock.com/FG Trade

Berlin, Juni 2025

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Die **Klima-Allianz Deutschland** ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz. Mit rund 150 Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Jugend, Soziales und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte und sozial gerechte Klimapolitik auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 25 Millionen Menschen.

www.klima-allianz.de

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören rund 145 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von **VENRO** ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung globaler Ungleichheit und weltweiter Armut.

www.venro.org